

Kinder- und Jugendpsychiatrie

Nach Schliessung der stationären Abteilung: Fachpersonen befürchten ein mangelndes Angebot

von Rebekka Balzarini - Solothurner Zeitung 22.5.2020 um 04:00 Uhr



Franziska Riederer und Franziska Gabaglio betreiben in Solothurn eine Praxis für Kinder.

Die Behandlung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Problemen ist teuer, deshalb soll der Kanton aushelfen.

Die stationäre Abteilung der kantonalen Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJPK) wird Ende Jahr geschlossen, dafür soll das ambulante Angebot im Kanton ausgebaut werden. Das gab die Solothurner Spitäler AG (soH) bereits im Januar bekannt. Genaue Pläne dafür, wie das ambulante Angebot in Zukunft aussehen soll, hat die soH bisher nicht vorgestellt.

Bei Fachpersonen aus dem Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie geht aber die Angst um, dass das ambulante Angebot nicht genügend erweitert wird, um die jungen Patienten im Kanton angemessen zu betreuen. Zu diesen Fachpersonen gehören auch Franziska Riederer und Franziska Gabaglio. Riederer ist Fachärztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie, Gabaglio ist Fachpsychologin für Psychotherapie FSP und Vorstandmitglied des Verbands Solothurner Psychologinnen und Psychologen (VSP).

Gemeinsam mit anderen Fachärzten, Hausärzten und dem VSP haben sie einen Kommentar zur Antwort des Regierungsrats auf eine überparteiliche Interpellation geschrieben. In der Interpellation hatten über 60 Kantonsrätinnen und Kantonsräte Antworten auf Fragen in Bezug auf die geplante

Schliessung der KJPK im Kanton gefordert. In der Antwort des Regierungsrats kam auch die soH zu Wort und legte ihre Gründe für die Schliessung sowie ihre Pläne für die Zukunft in der Kinder- und Jugendpsychiatrie dar.

Der Kanton soll ambulante Plätze finanzieren

Riederer und Gabaglio betreiben gemeinsam eine Praxis in Solothurn. Dorthin haben sie zu einem Gespräch eingeladen, um ihre Sorgen und Forderungen für die Zukunft der Kinder- und Jugendpsychiatrie im Kanton darzulegen. Die beiden bedauern zwar, dass die stationäre Abteilung geschlossen wird; den geplanten Ausbau des ambulanten Angebots begrüßen sie aber. Nur: Sie sind nicht überzeugt, dass diese Pläne wie angekündigt umgesetzt werden können.

Denn der ambulante Bereich wird, anders als der stationäre, lediglich von der Grundversicherung finanziert. Aber gerade im ambulanten Bereich fallen hohe Kosten an. Ein Beispiel dafür sind die Tageskliniken, in denen die Patienten tagsüber ihre Zeit verbringen und Abends dann in ihre Familien zurückkehren. Für Riederer und Gabaglio ist deshalb klar, dass der Kanton in die Bresche springen muss. «Der Kanton soll die Plätze in den Tageskliniken nach dem vollstationären Modell finanzieren», fordert sie.

«Wenn der Kanton die Tagesklinikplätze nicht nach dem vollstationären Modell finanziert, befürchten wir, dass die soH aus finanziellen Gründen den Bereich der Tageskliniken möglichst schlank halten muss und daher ein solches Angebot nicht vollständig aufgebaut werden kann», so Riederer.

Eine Finanzierung nach vollstationärem Modell bedeutet, dass der Kanton 55 Prozent der Kosten für einen Aufenthalt in einer Tagesklinik übernehmen muss, die restlichen 45 Prozent die Grundversicherung.

Die Tagesklinik ist für Kinder- und Jugendliche vor allem deshalb gut geeignet, weil sie während ihres Aufenthalts doch noch in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können. Sie leben bei ihrer Familie, können ihre Freunde treffen und in ihrem Verein mitmachen. Alles Faktoren, die für eine Wiedereingliederung in die Gesellschaft nach einer Krankheit sehr wichtig sind. Ohne genügend Plätze in Tageskliniken wäre die Versorgung für die jungen Patienten nicht gewährleistet, so Riederer und Gabaglio. Rund 20 Plätze wären laut ihnen notwendig, im oberen sowie im unteren Kantonsteil.

Kanton nimmt Budget im nächsten Jahr in Angriff

Kann es sich der Kanton tatsächlich vorstellen, die ambulanten in den Tageskliniken dem vollstationären Modell zu finanzieren? Bisher sei man mit dieser Forderung noch nicht konfrontiert worden, so das Gesundheitsdepartement auf Anfrage. Über die Entschädigung der soH werde im Rahmen des Globalbudgets Gesundheitsversorgung 2021-23 entschieden. Aber auch der Kanton wünscht sich, dass das ambulante Angebot für Kinder- und Jugendliche ausgebaut wird und will genau hinschauen, welche ambulanten Angebote geschaffen werden. Zum ambulanten Angebot gehören neben Tageskliniken auch aufsuchende Behandlungen oder Gruppentherapien. Bisher sei man mit dem ambulanten Angebot in der Kinder- und Jugendpsychiatrie nicht zufrieden, so der Kanton, den Leistungsauftrag in diesem Bereich habe die soH nicht erfüllt.

Die soH wehrt sich gegen den Vorwurf, den Leistungsauftrag nicht erfüllt zu haben. Man betreibe derzeit vier Ambulatorien für Kinder und Jugendliche, und könne so die Versorgung der Bevölkerung gewährleisten.